



Gemeinsame Erklärung 50 Jahre Frauen Stimm- und Wahlrecht in der Schweiz

Finnland 1906, Norwegen 1913, Dänemark 1915, Russland und die Niederlanden 1917, Deutschland 1918, Österreich 1920, Frankreich 1944, Italien 1946, Schweiz: 1971!

Wir können und sollen das Frauenstimm- und -wahlrecht in der Schweiz feiern. Aber vielleicht doch nicht zu euphorisch, nicht nur wegen der späten Einführung. Wer nämlich genauer hinschaut stellt fest, der Weg war steinig und auch der Erfolg eher bittersüss. Und es bleibt viel zu tun!

Eigentlich wurden schon früh erste Stimmen laut für ein Frauenstimmrecht: 1868 verlangten Zürcher Frauen anlässlich der kantonalen Verfassungsrevision das aktive und passive Wahlrecht, 1893 kam die Forderung auf eidgenössischer Ebene durch den Schweizer Arbeiter*innenverband. Um die Jahrhundertwende organisierten sich Frauen im ganzen Land und bildeten Frauenvereine für das Frauenstimmrecht. 1904 nahm die SP als erste Partei die schweizweite Einführung des Frauenstimmrechts in ihr Parteiprogramm auf. 1918 wurde die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts erstmals per Motion im Nationalrat gefordert. Das Parlament überwies die Motion dem Bundesrat als Postulat, danach verschwand es in den – in diesem Fall besonders tiefen – Schubladen der Verwaltung.

Ikonisch wurde die SAFFA-Schnecke 1928 im Umzug das Symbol für den Zeitlupen-Fortschritt beim Frauenstimmrecht. SAFFA steht übrigens für Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit. Ein Jahr später reichte der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht mit Unterstützung weiterer Frauenorganisationen, der SP und der Gewerkschaften auf Bundesebene eine Petition für das Frauenstimmrecht ein. Allesamt wurden die Vorreiterinnen jedoch belächelt und es passierte nichts. Das 100-jährige Jubiläum der Bundesverfassung von 1848 feierte entsprechend immer noch ein «Volk von Brüdern ohne Schwestern». 1951 publizierte der Bundesrat gar einen Bericht, in dem er angesichts der kantonalen Misserfolge eine eidgenössische Abstimmung über das Frauenstimmrecht als verfrüht erachtete.

Ende der 50er Jahre, also mitten im Kalten Krieg, tauchte die Forderung des Frauenstimmrechts an höchster Stelle wieder auf. Nicht jedoch, weil man plötzlich die Dringlichkeit der Gleichstellung in Sachen politische Rechte erkannte und anerkannte, sondern vielmehr, weil Frau zur Verteidigung des Vaterlands gebraucht wurde: Der Bundesrat wollte – in Anbetracht der weltpolitischen Lage – das Zivilschutzobligatorium für Frauen einführen. Auf Druck von diversen Frauenverbänden wurde quasi als Gegenleistung das Frauenstimmrecht gefordert: Neue Pflichten sollten auch neue Rechte mit sich bringen.

Um das Zivilschutzprojekt zu retten, legte der Bundesrat in kürzester Zeit einen Entwurf zur Einführung des Frauenstimmrechts vor, jedoch ohne klares Bekenntnis zu den neuen Rechten der Schweizerinnen. Im Parlament fand die Vorlage nur deshalb eine Mehrheit, weil sich einige Parlamentarier enthielten und ein anderer Teil nachweislich Ja sagte in der Annahme, das Volk werde Nein stimmen. Am 1. Februar 1959 lehnten 2/3 der wahlberechtigten Männer die Vorlage ab.

1971 war die Situation schliesslich eine völlig andere: Im Zuge der 68er-Bewegung galt es in breiten Kreisen als Anachronismus, dass es kein Frauenstimmrecht gab. Als dann der Bundesrat die Europäische Menschenrechtskonvention aufgrund des fehlenden Frauenstimmrechts nur mit Vorbehalt unterschreiben wollte, opponierten die Frauenrechtsorganisationen geschlossen: Es kam zum legendären «Marsch auf Bern», und unzählige ausländische Reportagen berichteten über die rückständige Schweiz. Da konnte man nicht mehr warten: Man wollte nach aussen nicht im Verbund mit Saudi-Arabien wahrgenommen werden, diese Schweiz wurde schlicht zu peinlich. Das Abstimmungsresultat zeigte in der Folge ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit, diesmal aber mit einer umgekehrten Mehrheit: 65,7 % Ja zu 34,2% Nein.

Über 100 Jahre Kampf und über 80 Abstimmungen hat es gebraucht um uns Frauen das Stimmrecht zu geben...!

Wagen wir nun einen Blick auf die Gegenwart und in die Zukunft. Die Bilanz 50 Jahre später ist zwiespältig:

- Parlamente sind weiblicher geworden und wir erleben zurzeit – nach den 90er Jahren – eine zweite Welle der Frauenwahl. Dies zeigt sich am Besten im Berner Stadtparlament, dort sind nach den letzten Wahlen 70 % Frauen ins Parlament eingezogen, eine schöne Ausnahme. Bis eine ausgeglichene Vertretung in den politischen Gremien in der ganzen Schweiz erreicht ist, werden wohl leider noch einige Jahre ins Land ziehen. Gibt es doch tatsächlich noch 6 Kantone die ganz ohne Frauen in der Exekutive auskommen. Die Regierungen in den Kantonen Aargau, Uri, Luzern, Appenzell Ausserroden, Tessin und Graubünden sind nur mit Männern bestückt.
- Die Regierungen auf allen Staatsebenen sind weiterhin sehr männlich und generell ist zu beobachten: Je bedeutender die Ämter, desto männlicher die Gremien. Auch in den Verwaltungen sind Leitungsfunktionen noch oft in männlicher Hand.
- Frauen nehmen noch immer weniger an Abstimmungen und Wahlen teil als Männer, obwohl ein Grossteil der heutigen Wählerinnen von Anfang an über dieses Recht verfügt.

Wenn wir die Gründe dafür analysieren, kommen wir auf allzu bekannte Feststellungen:

- Vereinbarkeit von Familie, Care-Arbeit und Beruf sind für Frauen noch immer eine besondere Schwierigkeit, die auf ihren Schultern lastet. Die Ausübung eines politischen Amtes findet in der Agenda einer berufstätigen Mutter, die vielleicht noch alleinerziehend ist, schlicht keinen Platz.
- Politikerinnen werden medial, wenn überhaupt, klar kritischer beurteilt als ihre Kollegen. Mittelmässigkeit oder gar Fehltritte werden mit viel Lärm breitgetreten, während bei Männern Fehlleistungen oft als Kavaliersdelikte abgetan werden.

Aber auch die wirtschaftliche Realität vieler Frauen trägt dazu bei, dass sie sich den Luxus, sich politisch zu engagieren, nicht leisten können:

- Noch immer verdienen Frauen für die gleiche Arbeit nicht per se gleich viel wie ihre Kollegen. Der geschlechtsspezifische Gesamteinkommensunterschied ist noch immer beachtlich, 18 Prozent machte der Gender-Pay-Gap 2019 aus, damit befindet sich die Schweiz im europäischen Ranking nur auf Platz 18.
- Der Mangel an Betreuungseinrichtungen für Kinder sowie der fehlende Zugang zu Kapital sind zudem zwei Faktoren, die sich bei Frauen negativ auf Berufstätigkeit und selbstständiges Unternehmertum auswirken, oder eben auf die Möglichkeit sich politisch zu engagieren.
- Die Vertretung von Frauen in den Führungsetagen der Wirtschaft haben sich in den letzten 2 Jahren sogar rückläufig entwickelt, nur in der Politik konnten die Frauen etwas zulegen; aber auch dort liegt die Schweiz weit abgeschlagen mit gerade mal 24.7 Prozent Frauen in Exekutivämtern im Vergleich zu Frankreich, das mit 43.4 Prozent die Liste anführt.
- Sind wir verheiratet, wird die «gemeinsame» Steuererklärung unter der AHV-Nummer des Mannes registriert und unser Lohn einfach aufaddiert. Statt einer sauberen Individualbesteuerung, die alle erwachsenen Personen gleich behandelt!

Einen kleinen Schritt haben wir vor 50 Jahren gemacht, aber das ist noch lange nicht das Ende der Reise. Oder um es mit den Worten von Sarah Paciarelli zu sagen: «Der Kampf um politische Teilhabe endet nicht mit dem Frauenstimmrecht und angemessenerer Vertretung. Vielmehr sind dies die demokratischen Rahmenbedingungen dafür, dass Frauen, im kooperativen Miteinander einer Demokratie, Gesellschaft aktiv mitgestalten».

Und zum Schluss: Aus heutiger Sicht ist es Konsens, dass die späte Einführung des Frauenstimmrechts ein Demokratiedefizit war. Es gilt zu überlegen, ob nach 50 Jahren ein weiterer Schritt zur Demokratisierung der Schweiz möglich wäre. Vielleicht braucht die Schweiz auch hier etwas formalisiertere Vorgaben, um endlich zumindest auf politischer Ebene paritätischere Gremien zu bilden.

Damit es nicht weitere 50 Jahre dauert, um die Defizite aufzuholen, brauchen wir Rahmenbedingungen, die es Frauen ermöglichen, sich politisch zu engagieren und natürlich brauchen wir viele mutige Frauen die bereit sind, sich für unsere Demokratie zu engagieren.

Zürich, 3. Februar 2021

Kontakt:

Monika Bättschmann, Grüne: 076 399 57 04

Mélissa Dufournet, FDP: 079 761 77 25

Natalie Eberle, AL: 079 288 09 55

Renate Fischer, SP: 079 243 73 49

Isabel Garcia, GLP: 079 652 85 19

Claudia Rabelbauer, EVP: 079 787 67 50

Carmen Señoran, SVP: 079 231 36 37